

### Editorial

## Budget-Korrekturen für den Fortschritt



Der Bundeshaushalt muss im Lot bleiben. Somit braucht es auch Sparbemühungen der Politik. Will die Schweiz ihre Zukunft aber mit

Weitsicht gestalten und nicht nur verwalten, dann darf sie nicht zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort sparen. Und vor allem gilt es dabei das richtige Mass zu finden.

Der Bundesrat hat im Voranschlag 2018 im Bereich der Bildung, Forschung und Innovation einschneidende Kürzungen vorgesehen – dies im Widerspruch zum Parlament, das diesen Bereich vor einem Jahr zu einer Priorität erklärt hatte. Unsere Hochschulen und Forschungsinstitutionen sind entscheidend, damit die Schweiz im digitalen Wandel den Anschluss an andere Nationen nicht verliert. Sie leisten einen grossen Beitrag, um unsere Wirtschaft und Gesellschaft jetzt auf die Herausforderungen von morgen vorzubereiten.

Daher gefährden die umfassenden Kürzungen im BFI-Bereich den Fortschritt der Schweiz. Auch die Umsetzung der Ziele in der Nachwuchsförderung, in der Medizin und der Energieforschung ist dadurch infrage gestellt. Die Finanzkommission des Ständerates will das Budget 2018 daher so korrigieren, dass die BFI-Akteure trotz eines Sparbeitrags die Gestaltung unserer Zukunft nicht vernachlässigen müssen. Das Parlament kann seinen Beitrag zum Fortschritt leisten, indem es die Kürzungen im BFI-Bereich massvoll reduziert.

**Ruedi Noser,**  
Ständerat,  
Vorstandsmitglied Politikerteam FUTURE

### Voranschlag 2018

## Finanzkommissionen bieten Hand zum Kompromiss

**Im Voranschlag für das Jahr 2018 will der Bundesrat die finanziellen Mittel für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) um rund 220 Mio. Franken kürzen. Die Finanzkommissionen von National- und Ständerat beantragen einen Mittelweg zwischen den Sparmassnahmen des Bundesrates und der vom Parlament verabschiedeten BFI-Botschaft 2017-2020. Das Netzwerk FUTURE empfiehlt, den Anträgen der Finanzkommission des Ständerats (FK-S) zu folgen und die Sparmassnahmen im BFI-Bereich um insgesamt 86,2 Mio. Franken zu reduzieren. Dieser Kompromiss verhindert, dass die wichtigsten Ziele der Hochschulen und Forschungsinstitutionen im Jahr 2018 gefährdet werden.**

Im Jahr 2018 will der Bundesrat fast eine Milliarde Franken einsparen. Davon sollen ganze 220 Mio. Franken im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)

gekürzt werden. Mit diesen Plänen stellt der Bundesrat den Entscheid des Parlaments vom Herbst 2016 auf den Kopf: Damals hatten die eidgenössischen Räte beschlossen, die finanziellen Mittel in der BFI-Botschaft 2017-2020 aufgrund der Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft gezielt aufzustocken. So resultierte ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 2,5% für die vierjährige Periode. Mit den Kürzungen des Bundesrats bleiben davon im Jahr 2018 nur noch 0,2% übrig. Die beiden Finanzkommissionen (FK) von National- und Ständerat haben in der Vorberatung des Budgets 2018 dazu angesetzt, einen Mittelweg zwischen dem Spardruck und dem Finanzierungsbedarf der BFI-Organisationen zu finden.

### ETH-Bereich

Der Bundesrat kürzt das Budget 2018 des Bereichs der Eidgenössischen Technischen Hochschulen um 86,4 Mio. Franken. Das

## Abstimmungsempfehlungen

Das Netzwerk FUTURE empfiehlt den Mitgliedern von National- und Ständerat, bei folgenden Positionen im Budget 2018 die Anträge der FK-S für eine Reduzierung der Sparmassnahmen im BFI-Bereich zu unterstützen.

**A231.0181: Finanzierungsbeitrag an ETH-Bereich: +52,9 Mio. Franken**  
(2332,4 Mio. anstatt 2279,5 Mio. Franken gemäss Bundesrat)

**A231.0261: Grundbeiträge Universitäten HFKG: +6 Mio. Franken**  
(684,4 Mio. anstatt 678,4 Mio. Franken gemäss Bundesrat)

**A231.0263: Grundbeiträge Fachhochschulen HFKG: +11,3 Mio. Franken**  
(536,3 Mio. anstatt 525 Mio. Franken gemäss Bundesrat)

**A231.0272: Institutionen der Forschungsförderung:**

**Grundbeitrag SNF: +15 Mio. Franken**

(964,2 Mio. anstatt 949,2 Mio. Franken gemäss Bundesrat)

**Grundauftrag Akademien: +1 Mio. Franken**

(41,7 Mio. anstatt 40,7 Mio. Franken gemäss Bundesrat)

Im Weiteren unterstützt das Netzwerk FUTURE den Antrag der FK-S sowie den Minderheitsantrag der FK-N für verminderte Sparmassnahmen bei der Berufsbildung.

hat zur Folge, dass die ETH-Institutionen mit deutlich weniger Mittel auskommen müssen als im Jahr 2017. Mit einer derartigen Kürzung ist es nicht möglich, die Qualität der Lehre bei nach wie vor steigenden Studierendenzahlen aufrechtzuerhalten.

## Der in der BFI-Botschaft als Ziel vorgegebene Ausbau in prioritären Forschungsbereichen wie Energie, Big Data, personalisierte Medizin und Advanced Manufacturing kann bei rückläufigen Mitteln nicht erreicht werden.

Der in der BFI-Botschaft als Ziel vorgegebene Ausbau in prioritären Forschungsbereichen wie Energie, Big Data, personalisierte Medizin und Advanced Manufacturing kann bei rückläufigen Mitteln nicht erreicht werden. Aus diesem Grund beantragen die FK-S und eine Minderheit der FK-N, die Sparmassnahmen im ETH-Bereich um 52,9 Mio. Franken zu reduzieren, so dass der Finanzierungsrahmen 2018 gleich hoch ausfällt wie für das Jahr 2017. Die Mehrheit der FK-N beantragt mit einer Reduzierung des Sparbetrags um 37,4 Mio. Franken eine geringere Korrektur.

### Universitäten und Fachhochschulen

Der Bundesrat will im Jahr 2018 die Grundbeiträge an die kantonalen Universitäten um 21,1 Mio. Franken und diejenigen der Fachhochschulen um 16,3 Mio. Franken kürzen. Die Folge ist ein negatives Mittelwachstum gegenüber dem Jahr 2017. Mit diesen Kürzungen können die mit immer mehr Studierenden konfrontierten Hochschulen die Qualität in der Lehre nicht gewährleisten. Um ihren Beitrag im Kampf gegen den Fachkräftemangel zu leisten, die Ziele bezüglich der Ausbildung in der Humanmedizin zu erfüllen und die Herausforderungen der Digitalisierung in Angriff zu nehmen, sind die Institutionen auf finanzielle Mittel angewiesen. Die FK-S und die FK-N beantragen deshalb eine

Verringerung der Sparmassnahmen um 6 Mio. bei den Universitäten und um 11,3 Mio. Franken bei den Fachhochschulen. Damit erreichen die Grundbeiträge im Jahr 2018 zumindest das Niveau von 2017.

### Schweizerischer Nationalfonds

Obwohl das Parlament in der BFI-Botschaft 2017-2020 die finanziellen Mittel für die Institutionen der Forschungsförderung nicht aufgestockt hatte, spart der Bundesrat nun auch in diesem Bereich – 30 Mio. Franken sollen im Jahr 2018 beim Schweizerischen Nationalfonds (SNF) gekürzt werden.

## Dieser Einschnitt geht unter anderem auf Kosten des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Schweiz.

Dieser Einschnitt geht unter anderem auf Kosten des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Schweiz – ein Schwerpunkt der BFI-Botschaft 2017-2020. Die Sparmassnahmen zwingen den SNF, neben anderen Massnahmen zum Beispiel 10 von 40 geplanten Förderungsprofessuren zu streichen. Dadurch gehen dem Forschungsplatz Schweiz talentierte Nachwuchsforscher verloren. Die FK-S und eine Minderheit der FK-N beantragen deshalb, die Kürzung beim SNF zu halbieren – das entspricht zusätzlichen 15 Mio. Franken. Mit diesen zusätzlichen finanziellen Mitteln kann der SNF die wichtigsten geplanten Massnahmen in der Nachwuchsförderung umsetzen.

### Akademien der Wissenschaften

Der Bundesrat will 1,3 Mio. der für das Jahr 2018 in der BFI-Botschaft geplanten 42 Mio. Franken für die Akademien der Wissenschaften streichen. Dabei ist es dringend notwendig, den Dialog zwischen Expertinnen und Experten verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen sowie mit der Gesellschaft zu intensivieren, um insbesondere in den Themenfeldern Klimawandel, Ressourcenknappheit, Digitalisierung und Gesundheitssystem Fortschritte erzielen zu können. Die FK-S und

eine Minderheit der FK-N beantragen deshalb, den Sparbetrag um 1 Mio. zu reduzieren, damit die Akademien ihre Leistungen gemäss Grundauftrag erbringen können.

Mit ihren Anträgen bietet die Finanzkommission des Ständerats Hand zu einem Kompromiss zwischen den Sparmassnahmen des Bundesrates und den Entscheidungen des Parlaments in der BFI-Botschaft 2017-2020. Damit wird bei den Hochschulen ein negatives Wachstum der finanziellen Mittel verhindert und die Forschungsinstitutionen können ihre wichtigsten Ziele umsetzen.

### Impressum

© Netzwerk FUTURE 2017

Münstergasse 64/66, 3011 Bern  
T 031 351 88 46  
info@netzwerk-future.ch  
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Wiederverwendung der Artikel ist unter Quellenangabe erlaubt.

## Erasmus+

## WBK-N: keine Abstriche bei Übergangslösung

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) will die indirekte Beteiligung der Schweiz am europäischen Bildungsprogramm Erasmus+ bis Ende 2020 verlängern. Die Kommission beantragt ihrem Rat, dem Entscheid des Ständerats zu folgen und der Botschaft zur Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018–2020 zuzustimmen. Der darin vom Bundesrat veranschlagte Kredit beläuft sich auf 114,5 Mio. Franken für die dreijährige Periode.

Die Mehrheit der Mitglieder der WBK-N lehnt zwei Anträge der Finanzkommission (FK-N) ab, die in einem Mitbericht Kürzungen dieser finanziellen Mittel fordern. Mit

16 zu 9 Stimmen spricht sich die WBK-N dagegen aus, 9,3 Mio. Franken für die Finanzierung von internationalen Kooperationsaktivitäten der Schweizer Bildungsinstitutionen zu streichen. Ohne diese Mittel müssten die Schweizer Hochschulen auf wichtige grenzüberschreitende Projekte in der Bildung verzichten. Das würde der Vernetzung im europäischen Bildungsraum und der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Institutionen schaden. Mit 15 zu 9 Stimmen lehnt die WBK-N ausserdem einen Minderheitsantrag der FK-N zur Streichung des Bundesbeitrags an die Betriebskosten der nationalen Agentur Movetia ab. Der Verzicht auf diese 11,1 Mio. Franken würde das Ende der per 2017 neu gegründeten Agentur zur Förderung von Austausch und Mobilität

bedeuten. Die Mehrheit der Mitglieder der nationalrätlichen WBK ist der Ansicht, dass die Agentur Movetia effizient und kostengünstig arbeitet.

### Verhandlung über Assoziierung

Zusammen mit der Übergangslösung zu Erasmus+ entscheidet der Nationalrat in der Wintersession auch über eine Motion der WBK des Ständerats. Der Kommissionsvorstoss fordert den Bundesrat auf, so rasch wie möglich Verhandlungen über eine Schweizer Assoziierung am Nachfolgeprogramm von Erasmus+ ab 2021 aufzunehmen. Die WBK-N beantragt ihrem Rat mit 16 zu 9 Stimmen, dieser Motion zuzustimmen.

## IN KÜRZE

### Horizon 2020: 30 Milliarden Euro für drei Jahre

Die Europäische Kommission hat den Finanzierungsrahmen für das Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 in den Jahren 2018–2020 auf 30 Milliarden Euro festgelegt. Insbesondere die Forschung in Themenbereichen wie Migration, Sicherheit, Klimaschutz, saubere Energien und digitale Wirtschaft soll unterstützt werden. Zudem werden 2,7 Milliarden Euro in den neuen Europäischen Innovationsrat investiert, welcher hochriskante Innovationsprojekte mit grossem Gewinnpotential fördern soll.

### Antonio Loprieno wird Präsident der Akademien der Wissenschaften

Die Delegierten wählten Antonio Loprieno zum Präsidenten der Akademien der Wissenschaften Schweiz. Der Professor für Ägyptologie übernimmt das Amt per 1. Mai 2018 von Maurice Campagna. Von 2006 bis 2015 war Antonio Loprieno Rektor der Universität Basel und präsierte in dieser Funktion während sieben Jahren die

Schweizerische Rektorenkonferenz (CRUS). Im September 2017 wurde er zum Präsidenten des Europäischen Akademienverbands für die Jahre 2018–2021 ernannt.

### Auch SPK-S lehnt Rasa-Initiative ab

Nach Bundesrat und Nationalrat lehnt auch die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-S) die Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse» (Rasa-Initiative) ab. Der Entscheid fiel mit 10 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung. Mit 9 zu 3 Stimmen lehnte die SPK-S ausserdem einen Antrag für einen direkten Gegenvorschlag ab. Demnach hätte im Verfassungsartikel über die Zuwanderung ergänzt werden sollen, dass die Schweiz ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen einhalten muss.

### Medizinstudium: kein Praktikum als Eignungstest

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) spricht sich gegen die Einführung eines obligatorischen Praktikums als Eignungsnachweis für das Studium der Human-

medizin aus. Die Kommissionsmitglieder lehnten eine entsprechende Motion zur Anpassung bei der Zulassung zum Medizinstudium einstimmig ab. Die WBK-S ist insbesondere der Ansicht, dass es organisatorisch und finanziell kaum machbar ist, genügend Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen. Der Nationalrat hatte dem Vorstoss in der Sommersession zugestimmt.

### Höhere Studiengebühren an den ETH ab Herbst 2019

Der ETH-Rat will die Gebühren für Studierende der ETH Zürich und der EPFL ab dem Studienjahr 2019/2020 erhöhen. Gestaffelt über zwei Jahre sollen die jährlichen Gebühren um 500 Franken ansteigen – von heute 1160 Franken auf 1660 Franken im Jahr 2020. Die Einnahmen aus den höheren Studiengebühren sollen vor allem in die Lehre der beiden ETH investiert werden. Nach einer Anhörung und einer Ämterkonsultation wird der ETH-Rat voraussichtlich im Frühling 2018 seinen definitiven Entscheid fällen.